

Ä1 Schuldenbremse reformieren – für eine zukunftsorientierte Investitions-Offensive

Antragsteller*in: Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg)

Titel

Ändern in:

Schuldenbremse reformieren – für eine sozial gerechte ökologische Transformation

Änderungsantrag zu A7-MOD

Von Zeile 27 bis 29:

~~In Orientierung etwa an der „goldenen Regel“ befürworten wir ausdrücklich, dass in dem Maße Verschuldung aufgebaut werden kann, wie den kommenden Generationen durch Investitionen Vermögenswerte bzw. Wachstumschancen zukommen.~~

Uns geht es nicht um eine ersatzlose Streichung der Schuldenbremse. Eine ungebremste Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen wäre gerade vor dem Hintergrund der steigenden Zinsen nicht verantwortbar. Wir wollen insbesondere die aktuellen Herausforderungen der ökologischen Transformation engagiert, beschleunigt und sozial ausgewogen anpacken.

Ziel einer Reform der Schuldenbremse ist es, die Aufnahme von Krediten zu ermöglichen, um die Klimaziele zu erreichen, Artenschutzprogramme auf den Weg zu bringen und die , die notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen umzusetzen und einen Digitalisierungsfonds aufzulegen. Damit werden im Haushalt Mittel frei, um auch die übrige Infrastruktur des Landes in einen zeitgemäßen Zustand zu versetzen.

Unterstützer*innen

Monika Heinold (KV Kiel); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Ulrike Täck (KV Segeberg); Dirk Kock-Rohwer (KV Plön); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Ingrid Betzner-Lunding (KV Segeberg); Achim Jansen (KV Segeberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Stephan Wiese (KV Lübeck)

A11-Ä1 Anleger FSRU Brunsbüttel

Antragsteller*in: Ulrike Täck (KV Segeberg)

Änderungsantrag zu A11

Titel neu:

Versorgungssicherheit und Klimaneutralität so schnell wie möglich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen an, dass zur Sicherung der Gasversorgung Deutschlands nach Ausbruch des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine eine Neuausrichtung der Gasimporte erforderlich war und die Errichtung von LNG-Import-Infrastrukturen einen relevanten Beitrag leistet, um auch kurz- und mittelfristig eine ausreichende Versorgung Deutschlands mit Erdgas sicherzustellen.

Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein fordert seine Amts- und Mandatsträger*innen auf Landes- und Bundesebene auf, sich dafür einzusetzen, bei der Errichtung der neuen LNG-Infrastrukturen in Brunsbüttel die negativen Auswirkungen für Umwelt und Anwohner*innen so gering wie möglich zu halten. Hierzu gehört nach Auffassung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein unter anderem die Errichtung eines Landstromanschlusses am Standort der neuen Jetty westlich des Elbehafens. Dadurch könnten die Emissionen von Lärm und Schadstoffen zum Wohle von Umwelt und Anwohner*innen deutlich gesenkt werden.

Gleichzeitig betonen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein, dass die östlich des Elbehafens geplante Anlegestelle sowie das dazugehörige Terminal so schnell wie möglich zu errichten sind, damit die FSRU schnellstmöglich auch von ihrem neuen Liegeplatz ablegen kann.

Eine Umrüstung der LNG-Importinfrastrukturen auf klimaneutrale Gase liefert einen Beitrag zur Versorgungsstabilität und -sicherheit in unserem Land mit erneuerbaren Energien. Die erste Errichtung der Infrastruktur muss technisch bereits so ausgelegt sein, dass ein späterer Umbau des Terminals von LNG hin zu Ammoniak oder Wasserstoff möglichst zeit- und kosteneffizient abläuft.

Als Partei haben wir beschlossen, in Schleswig-Holstein bis 2035 klimaneutral zu werden. Im Koalitionsvertrag haben wir uns mit der CDU auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 geeinigt, das wir gemeinsam in Schleswig-Holstein umsetzen wollen. Wir fordern dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass das Terminal möglichst bereits vor der nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz verpflichtenden Umstellung auf klimaneutrale Grüne Gase umgestellt wird. Unter anderem wollen wir dafür die nötigen marktlichen Rahmenbedingungen setzen, etwa eine hohe Bepreisung von Treibhausgasen inklusive der Methan-Leckagen oder Anreize für die klimaneutralen Alternativen zu LNG. Gleichzeitig ist es wichtig, durch eine rasche Wärmewende, Energieeffizienzmaßnahmen und den klimafreundlichen Umbau der Industrie den Erdgasbedarf rasch zu reduzieren.

Begründung

Ja, es tut weh eine Energieinfrastruktur zunächst für LNG zu bauen. Das ist aber befristet, bis wir genügend "grünes Gas" haben, sei es durch eigene Produktion aus Wind oder durch den Import. Der Import wird aber eine große Rolle spielen in Anbetracht der signifikanten Mengen, die wir für die Dekarbonisierung der Industrie in Deutschland benötigen. Diese wollen wir so schnell wie möglich klimaneutral haben. Deshalb muss sehr schnell eine Infrastruktur gebaut werden, die hierbei hilft. Das heißt, wir müssen die jetzt-noch-LNG Infrastruktur schnell bauen und auch sobald wie möglich auf

klimaneutrale Gase umbauen. Deshalb wollen wir das Umstellungsdatum auf klimaneutral vorzuziehen.

Die Jetty an der Westseite des Elebehafens braucht es als erstes, damit die FSRU, sobald wie möglich dort anlegen kann und schon arbeitet, während auf der Ostseite das stationäre Terminal gebaut wird. Dieses ist eine Baustelle, die nicht von heute auf morgen fertig ist. Nach der Fertigstellung im Osten, haben wir zwei wertvolle Infrastrukturen, die uns nach der Umstellung auf Klimaneutral genügend Kapazität liefern, große Mengen auch aus dem Import anzulanden. Die Jetty im Osten wieder abzubauen würde nicht nur bedeuten, investiertes Geld wegzuschmeißen, sondern auch auf eine Infrastruktur zu verzichten, die wir gut gebrauchen können.

Unterstützer*innen

Lasse Petersdotter (KV Kiel); Oliver Brandt (KV Hzgt. Lauenburg); Bina Braun (KV Hzgt. Lauenburg); Detlef Matthiessen (KV Rendsburg-Eckernförde); Uta Röpke (KV Hzgt. Lauenburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Niklas Ernst (KV Schleswig-Flensburg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Marilla Meier (KV Lübeck); Lukas Unger (KV Pinneberg); Sabine Loof (KV Pinneberg)